

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und...

Die preisgebilligste Kompositionelle oder deren Raum kostet 25.— Mk....

Redaktion: Fernsprecher Dönhofs 4190, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

Berlag und Exped. Berlin R28 40, Kronprinzenufer 27, I.

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reichsfinanzler, Reparation und Deutschlands Zukunft

Anlässlich des Empfanges einer oberschlesischen Deputation...

Über allen Problemen aber ist das große Problem das vorherrschende...

werden. Aber bis diese Erkenntnis sich in Europa durchgebreiten hat...

Die Regierung soll sich aber nicht der Täuschung hingeben...

Die bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen

Aus Dresden wird uns geschrieben: Wir werden, wenn es in Sachsen zu Landtagswahlen kommt...

Das war die Lage von Anfang an, als die reinsozialistische Regierung...

Sachsen stellt zwar nur einen bescheidenen Fleck auf der noch recht buntgefärbten deutschen Länderkarte dar...

Wir hatten im November 1918 Hoffnung auf ein einheitliches Deutsches Reich...

Die Reichsregierung hat die Arbeit der sozialistisch regierten Länder...

Der Kampf um den Achtstundentag in Frankreich

Wie die Pariser Morgenblätter vom Sonntag melden, hat der Sekretär...

Mitterand hat am Sonntagabend eine Abordnung des Seelenteverbandes...

England zu Poincarés Note

(CP) London, 10. September. Der Lloyd George nachsehende „Observer“...

Die griechische Armee in Smyrna gefangen

Paris, 10. September. Die Agence Havas berichtet über die Einnahme...

angehängte Kriegsmaterial zu retten. Mustafa Kemal Pascha...

Passagierdampfer „Hammonia“ gesunken

Mannschaften und Passagiere gerettet

Paris, 10. September. Der deutsche Dampfer „Hammonia“,...

Vigo, 10. September. Die Mannschaften und die Passagiere...

Hamburg, 11. September. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit...

Der gesunkene deutsche Dampfer „Hammonia“ ist Eigentum der Hamburg-Amerika-Linie...

stellen. Die jeweilige Situation bringt schwächeren oder größeren Erfolg. Nach dem Rathenau-Mord z. B. ergriff die sächsische Regierung sofort selbsttätig die Initiative zur Abwehr der Konterrevolution. Sie bewährte sich als Hüterin der Volksrechte. Sie erwies sich augenfällig als Machsinstrument der Arbeiterklasse.

Als solches war sie uns jederzeit wertvoll. Dieses Instrument wollen die Bürgerlichen zerbrechen. Es zu schärfen, führen wir den Wahlkampf.

Das Bürgertum hat sich von den Schrecken des 9. November 1918 längst erholt. Politisch hat die Revolution nicht gehalten, was sie versprochen. Dekonomisch veränderte sie nichts; die Willkür des kapitalistischen Systems blieb unangefastet. Die politische Macht des Proletariats ward nicht ausgenutzt, den ökonomischen Untergrund der Gesellschaft umgekehrt. Die Mahnrufe unserer Partei fanden zu schwachen Widerhall. Enttäuschung ergab die Massen. Enttäuschung war als Gegenwirkung zur Passivität auch die Triebkraft der Arbeiterschichten, die sich dem kommunistischen Vorschismus ergaben. Die Kraft der Arbeiterklasse ward geschwächt. Das Bürgertum ging zum Gegenangriff vor, um verlorene politische Positionen zurückzuerobern. Daß im roten Sachsen die proletarischen Parteien gerade zwei Stimmen mehr im Landtage als die Bürgerlichen haben, ist ein deutlicher Beweis für die Schwächung des Sozialismus. Aber diese Schwächung hat unserer Überzeugung nach längst ihren tiefsten Grad erreicht. Der Sozialismus hat seine Werbekraft erneut gekostet!

Der Sozialismus kann zeitweilig zurückgeworfen, aber nicht überwunden werden. Er wurde oft und teils auch heute noch durch seine Vertreter schwer diskreditiert. Dennoch: der Kapitalismus ist sein eigener Totengräber. Er schafft und fördert unausgesetzt die Elemente, die ihn schließlich überwinden werden. Das Proletariat wird, von der Not gepöbelt und muß seinen Befreiungskampf als Klasse führen. Ueber äußere Demüthigungen steigt der Gedanke des inneren Zusammengehörigkeitsgefühls, Irrungen und Wirren dienen letzten Endes doch der Klarheit.

Die sächsische Politik ist dafür Beweis. Die USPD ist heute zweifellos anders eingestellt, wie vor etwa zwei Jahren. Auch die Kommunisten mußten den proletarischen Notwendigkeiten Tribut zahlen. Als die sozialistische Regierung gebildet werden sollte, wollten sie nicht für den Ministerpräsidenten stimmen. Schließlich entschieden sie sich doch für ihn und stützten die rein sozialistische Regierung fast zwei Jahre. Der kommunistische Zickackkurs erregte manchmal heiteres Aufsehen, vielfach sabotierte er die sozialistische Arbeit. Nun soll er mit der Sprengung des Landtags seinen vorläufigen Abschluß finden. Aber die Dichtung für ihr Verhalten wird den Kommunisten sicherlich von der Arbeiterklasse ausgestellt. Früher oder später werden die Akten über die Parteipolitik der KPD geschlossen werden. Es wird um so schneller geschehen können, je einheitlicher, je fester entschlossen zum Kampfe sich das Proletariat für seine Interessen zusammenschließt.

Angesichts der politischen Verhältnisse kann es uns jedenfalls nur recht sein, daß das Urteil des Volkes eingeholt wird, wenn es auch bedauerlich ist, daß zunächst einige wichtige Gesetze nicht verabschiedet werden können. Die Bürgerlichen behaupteten monatelang, die Sozialisten scheuten Wahlen. Sie, die grundsätzlichen Richter des Volkswillens, die Verfechter der Monarchie, spielten sich als Volkstreue des Volkswillens auf und führten sogar das Volksbegehren durch. Nach dem Rathenau-Mord aber ward es auf einmal recht merkwürdig still in den deklamatorischen und deutschvolksparteilichen Reihen. Nach außen hin gebärdeten sich die Vertreter der Rechtsparteien zwar noch, als könnten sie die Neuwahlen gar nicht erwarten. In Wirklichkeit waren sie froh, daß sie eine Atempause erhielten. Der sicheren Abrechnung entgegen sei unserer Überzeugung nach nun trotzdem nicht. Die Einsichtlichen unter dem Bürgertum gesehen sich das im Stillen selber ein, wenn sie es auch natürlich beileibe nicht öffentlich zugeben.

Wenn im einzelnen die in Sachsen geleistete Arbeit in der Wahlagitation allen Volkskreisen unterbreitet und die durch

die bürgerliche Sabotage und das Versagen der Kommunisten noch unerledigte Arbeit bedacht werden wird, dann braucht uns um das Urteil der Mehrheit des Volkes nicht bange zu sein. Die Sicherung der politischen Demokratie ist über die Anfangsschwierigkeiten hinaus. Das Errungene muß festgehalten, es muß neu errungen werden. Trotz aller Demüthigungen! Trotz Reaktion! Siegesdemüthigkeit überwindet den Pessimismus. Das Ziel ist klar; wir schaffen an den Voraussetzungen, es zu erreichen. Die sozialistische Arbeit, die im Bande geleistet wird, wirkt über das Band hinaus.

Wir müssen uns in den kapitalistischen Staat hineinschlagen, so sagte einst Rosa Luxemburg. Auch die kleinste Position ist wert, erobert und erhalten zu werden. Nun wohl! Die sozialistische Landesregierung ist heute wahrlich von hoher und höchster Bedeutung. Dieser Bedeutung wird die Tatkraft und Begeisterung für ihre Verteidigung und zu ihrer Festigung entsprechen.

Opferbereite Tatenmenschen willkommen

Mit erschreckender Deutlichkeit hat der Rathenau-Mord die schlimmen Wirkungen der niederträchtigen Mordbegehrde nationaler und deutschvölkischer Presseorgane gezeigt. Durch das Gesetz zum Schutze der Republik sollte diese Begehrde eingedämmt oder unmöglich gemacht werden. Wie aber auch jetzt noch eine gewisse Presse in der alten verlogenen Weise eine Atmosphäre schafft, aus der Anschläge, wie die auf Rathenau, Harden usw. geboren werden, zeigt die nachstehende Auslassung des in München erscheinenden „Völkischen Beobachters“:

Brandenburger! Preußen! Deutsche! Die Schicksalsstunde des deutschen Volkes hat geschlagen, mit allen Mitteln und Gemeinheiten der jüdischen Pressebanditen wird gegen die Brüder unseres Blutes gearbeitet, die die Sturmflut der deutschen Freiheit in Bayern erhebt haben! Sollen sie allein, ohne unsere Hilfe, am Baue des deutschen Domes wirken? Wer von uns aermanischen Deutschen ist ein solcher Hundstott, daß er die Brüder und die Führer in der Not aus elendiger Feindschaft im Stiche läßt? Der Nord an allen wohhabenden Deutschen schließt schon seine durcheinander! Gleich einer alles verheerenden Lavastrom soll der jüdische Volkswidrigkeit über die Hüften unseres Vaterlandes dahinschieben. Erwacht, ehe es zu spät ist! Nur opferbereite Tatenmenschen sind uns willkommen, auf Mitläufer verzichten wir. Von den Bergen Bayerns donnert die kommende deutsche Freiheit schon ihren Schlachtgesang! Wer von euch hilft mit, die lodernde Flamme der deutschen Freiheit zum freiliegenden Brande zu entfachen?

Anschritten an Dr. Koch, Friedenau, Bessestr. 10, oder Wehrmann, Siegltg, Südböndstr. 59.

Welche Art Schlachtgesang der kommenden deutschen Freiheit von den Bergen Bayerns donnert, hat sich erst kürzlich bei den Demonstrationen in München gezeigt, hat sich auch gezeigt, als die bewaffneten Mannen der Organisation „Oberland“ in München einrückten und dort auf Weisung des Reichswehrgenerals v. Noehl in dem Realgymnasium einquartiert wurden. Werden die preussischen Behörden ruhig zusehen, daß auch in Berlin ähnliches sich organisiert, oder werden sie vielmehr dem Herrn Dr. Koch in Friedenau und dem Herrn Wehrmann in Siegltg auf die Finger klopfen?

Max Hölz beklagt sich

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Brief Max Hölz', in dem sich dieser über seine Behandlung im Justizhaus bitter beschwert. So erklärt er, von vier Aufsehern unter fürchterlichsten Mißhandlungen vom 4. Stockwerk in den Hof geschleift und später in eine Kette geworfen zu sein, wo er völlig nackt die Nacht zubringen mußte. Ein Wärter erklärte Hölz, man werde ihn nicht tödlichen, aber so lange mißhandeln, bis er sich aufhänge. In sein Essen habe man ihm Harn einmischen und ähnliches mehr. Es ist Pflicht der Justizbehörden, durch eine unparteiische Untersuchung festzustellen, ob die Angaben Hölz' den Tatsachen entsprechen. Ist dies der Fall, so müssen die beteiligten Gefängnisbeamten zur Rechenschaft gezogen werden.

So schrieb Ludwig Feuerbach, dem die Universitäten einen Dokortitel hartnäckig verweigert hatten und der noch heute von den Jurisgelehrten so gut wie totgeschwiegen wird; freilich war er kein Philosophieprofessor, dafür aber der unsterbliche Denker, der den innigen Zusammenhang der Arbeiterfrage mit der Frauenfrage und ihre Lösung durch den Sozialismus vorausschauend erkannt hatte.

Dr. Otto Juliusburger.

Schloßparktheater Siegltg. (Robert-Bühnen.) Der arme Heinrich von Gerhart Hauptmann. Man könnte zu Gunsten des Stückes sagen: es spielt zur Zeit „deutscher Sage“ und da muß die Sprache „schlicht, wieder, kernig, eben deutsch“ sein, und so dürften Untergebene auch dem Herrn Heinrich von Aue „Heil! Heil! Heil!“ in tiefer Ergebenheit zuzubeln.

Das ist schon gut. Nur müßte dies alles über die Kunst und die Heiligkeit der Vorgänge hinweg, Nebensache bleiben und uns nicht verlegen. Ja, — wen verlegen? Eben im Grunde jedes wahre Wesen unserer Zeit. Es ist vollkommen unbegreiflich, wie der herrlich dramatische Dichter der „Weber“ so spießbürgerlich und devot in Ton und Dentari dichten konnte. Welches ist nun die wahre Natur des Dichters? Die sogenannte „kernig-deutsche“ oder die soziale? Dies zu entscheiden ist fast schon eine persönliche Angelegenheit. Vorerst: Gut sei Dank, daß die „Weber“ und alles was Weberisch ist, von Hauptmann gedichtet ist.

Aber dieses alles könnte noch hingehen. Doch wäre eines für dieses Stück zu verlangen: es müßte wahrhafte Märchen- und Gotteslust in ihm walten, und das ist nicht der Fall. Darum sitzen wir da und — glauben nicht, und sind auch bei der wunderbaren Arbeit der Schauspieler unbeeinträchtigt. Das Hauptwunder, die eigentliche Opferung und göttliche Rettung Ottogebes wird auf der Bühne nicht vollzogen, sie wird nur „heiter“ erzählt, und es vollzieht sich auch in und kein Wunder, und wir bleiben fast und kälter als am Anfang.

Die Rosen spielte das Kind mit Hysterie, Blauigkeit und Schönheit, wie es niemand und auf keiner Bühne ihr nachmachen kann. Von ihr ging der härteste und tiefste Ausdruck aus. Ihr Wesen verwandelt sie in ein blondes, mittel-alterliches Wunder. — Auch von Feldhammers armen Heinrich ging, namentlich im Schmerz ein schöner frischer Jauber aus. Doch konnte er das Märchen nicht glaubhaft machen. Die Nebenrollen waren fast alle gut besetzt. (Gottow, Feld usw.)

Die Reize verlockte es, um das Unwirkliche zu zeichnen, mit einem durchgehenden Vorhang. Das wirkte halb. Man hätte ein viel leichteres, romantisches Element wählen sollen.

Forderungen des ober-schlesischen Städtetages

Bei dem in Ratibor abgehaltenen 35. Ober-schlesischen Städtetage wurde eine Entschliessung angenommen, die den Reichs- und Staatsbehörden zugehellt werden soll und der folgende Forderungen erhoben werden:

Umgehende Zahlung der Anteile an der Reichseinkommensteuer und des Ausgleichsstocks an die Gemeinden, Gewährung von Beihilfen oder dergleichen zur Befriedigung dringender Baubedürfnisse, beschleunigte, endgültige Einteilung der Stadt- und Landkreise an der neuen Grenze und Erledigung der dringlichsten Eingemeindungen. Energetische Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, Bereitstellung außerordentlicher Mittel zur Befestigung des Flüchtlingseleens, Verzicht auf die Mäherhebung der Reichseinkommensteuer für 1920/21 und von 1922 ab nur allmähliche Steigerung der Steuern bis zu den vollen Sätzen, weitreichendes Entgegenkommen gegenüber der Privatindustrie hinsichtlich der Auffüllung neuer Kohlenfelder, Leitung der ober-schlesischen Staatsbetriebe von Oberschlesien aus, Verbesserung der Eisenbahnen, Wasserstraßen und der Post- und Fernspreerverhältnisse, Förderung des Gesundheits- und Bildungswesens. Ferner wurde von dem Bürgermeister von Gleiwitz eine Entschliessung eingebracht, in der der Ober-schlesische Städtetag gegen die Verschlebung Oberschlesiens und gegen die völkische und noch heftigere, unangemessene Grenzziehung Protest erhebt. Des weitern wendet er sich dagegen, daß reindeutsche Städte, wie Ratiboritz, Königshütte und Zarnowitz Polen zugesprochen worden sind und daß Ratibor, Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg ihres natürlichen Hinterlandes beraubt oder von ihm abgeschnürt sind.

Poincaré drängt auf generelle Regelung

Der französische Ministerpräsident hat in Meaux bei einer Feyer zur Erinnerung an die Marne-schlacht eine Rede gehalten, in der das starke Streben, zu einer generellen Lösung des Reparationsproblems starke Betonung findet. Sie richtet natürlich immer noch scharfe Spigen gegen Deutschland, mit denen aber offenbar auch gegen die Alliierten operiert wird hinsichtlich der Schuldenerleichterung. Poincaré führte unter anderem aus:

„Wenn Deutschland sich den legitimen Forderungen Belgiens entziehen sollte, dann würde es sich in den Zustand der Verfehlung verlegen, und es würde uns nur noch übrig bleiben, von einer Handlungsfreiheit Gebrauch zu machen, die wir nicht aufgeben werden. Aber nicht durch diese teilweise und zeitweise Entschliessung kann das erste Reparationsproblem gelöst werden. Die Fragen, die es aufwirft, sind nur vertagt, und sie werden alle vor Ende des Jahres wieder auftauchen. Müge man diese Fragen endlich in ihrer Gesamtheit ansprechen. Wir werden an diese Prüfung mit dem lebhaftesten Eifer herangehen, den schweren Abdruck, der auf Europa lastet, zu vertreiben. Wir legen indessen, um niemand zu täuschen, Wert darauf, auszusprechen, daß wir vor allem die Absicht haben, unsere Forderungen an Deutschland einzutreiben. Wenn man uns den Vorwurf macht, daß wir das, was man uns schuldet, allzu dringend verlangen, und daß wir unser Recht zu scharf ausüben wollen, so werden wir dem gegenüber wiederholen, daß wir auf unsere Ansprüche nicht verzichten können, ohne Frankreich zu ruinieren, und daß der Ruin Frankreichs für ganz Europa die schrecklichste Katastrophe wäre. Wir müssen aus dem Provisorium heraus. Deutschland muß freiwillig oder gezwungen seine Verpflichtungen erfüllen. Wir sehen ebenso sehr wie andere darauf, die europäische Solidarität zu erhalten. Aber ein Erfordernis dieser Solidarität ist das Wohl Frankreichs. Wenn man uns nicht bei unserer Wiederherstellung unterstützt, dann werden wir uns selbst helfen.“

Fliegende Armeen in England. „Evening Standard“ teilt mit, daß die Riesenflugzeuge, die gegenwärtig für die englische Armee gebaut werden, 12 Tonnen wiegen und imstande sein sollen, 24 Soldaten mit ihrer vollen Ausrüstung zu befördern. Die ersten Flugzeuge sind für Mesopotamien bestimmt.

Lohnherabsetzung in England. Die Kohlenarbeiter von Silverhill haben eine Herabsetzung der Löhne angenommen, da die Betriebskosten der Gruben einen monatlichen Verlust von 1500 Pfund Sterling verursachen. Durch die Lohnherabsetzung wird dieser Verlust vorläufig auf 600 Pfund Sterling beschränkt.

Ludwig Feuerbach

Der große Denker Ludwig Feuerbach, welcher am 18. September 1872, also vor 50 Jahren, gestorben, schrieb Anfang Juni 1870 an seinen schwedischen Freund und Schüler Wilhelm Solin: „Wie jedes Gewächs, jedes Tier, hat auch der geistige Mensch seine Zeit, seine Grenze, die er nicht überschreiten kann. Ich kann und will daher keine neue Aufgabe, keine der Aufgaben, die jetzt die Menschheit bewegen, zum Objekt mitschaffender Tätigkeit machen; ich kann nichts weiter tun, als meinen Sinn offen und frei für sie erhalten, als durch teilnehmende Festure und Anerkennung sie mir aneignen, um so mich geistig jung und frisch zu erhalten. Eine solche Aufgabe ist, außer der großen Arbeiter- und Kapitalistenfrage die Frauenemanzipation oder Gleichberechtigung der Weiber mit den Männern, die mir eine in New-York in Amerika erscheinende und auch Ihnen zu empfehlende Zeitung, „Die neue Zeit“, nahegelegt, mir diesen Winter über und jetzt noch zu einer Geist und Gemüt bewegenden Angelegenheit gemacht hat. Ob ich gleich reich die Geschlechtsdifferenz für eine wesentliche aber nicht nur leibliche, sondern auch geistige gehalten und anerkannt habe, so habe ich doch nie auf eine Inferiorität des weiblichen Geschlechtes geschlossen. Mann und Weib sind nicht nur leiblich, sondern auch geistig unterschieden; aber folgt aus diesem Unterschied Unterordnung, Ausschließung des Weibes von geistigen und allgemeinen, nicht nur häuslichen Beschäftigungen? — Lassen wir die Frauen nur auch politisieren! Sie werden gewiß ebenso gut wie Männer Politiker sein, nur Politiker anderer Art, vielleicht besserer Art wie wir. Auch das weibliche Genie ist Genie, ebenso gut als die weibliche Heldentat Heldentat ist. Bei der glänzenden, sei es im Guten, sei es im Bösen, hervorragenden Eigenchaft abstrakteren wir von dem Unterschied des Geschlechtes. Die Weiber werden ebensogut als die Männer geköpft; warum sollen sie nicht auch Bürgerkrieger werden können, warum sollen ihnen nicht die Mittel gegeben, die Bahnen geöffnet werden, solche zu verdienen? Kurz, die Emanzipation der Weiber ist eine Sache und Frage der allgemeinen Gerechtigkeit und Gleichheit, die jetzt die Menschheit antreibt, eine Bestrebung, deren sie sich rühmt, aber vergeblich, wenn sie davon das Weib ausschließt.“ —

Im letzten Akt wurde dies versucht, aber zwei Absichten kreuzten einander und verdarb den Eindruck. Die Musik des „Großen Saales“ ist sehr schlecht. Der Ton findet der aerundeten Decke wegen keinen Widerhall, drängt sich in sich zusammen und verhält sich laut, ankocht als deutliches Wort zum Hörer zu gelangen. A. A.

Die Untertunnelung der Meerenge von Messina. Im Zusammenhang mit der Erörterung der Kraftübertragung von Calabrien nach Sizilien ist der bereits früher gegebene Plan einer Untertunnelung der Meerenge von Messina wieder aufgenommen worden. Wie in „Welt, Reederer, Hafen“ mitgeteilt wird, hat der Ingenieur Bismara geologische Untersuchungen vorgenommen, auf Grund deren er einen genauen Kostenanschlag gibt. Danach wären für die Ausführung des endgültigen Planes und für die Erstellung des Stollens etwa 18 Millionen Lire nötig. Die Arbeit muß an beiden Enden in einer Tiefe von 200 Meter zugleich aufgenommen werden, und zwar würden auf beiden Seiten in dieser Tiefe Sammelbeden für das durchströmende Wasser angelegt und mit Pumpen verbunden werden. Der Stollen soll von Ganzirri bis nach Taormina geführt werden und eine Länge von 3800 Meter haben. Da das Meer dort 115 Meter tief ist, befände die zwischen dem Meeresgrunde und dem Stollen liegende Schicht eine Dike von etwa 60 Meter.

Die antike Weltstadt. Man weiß, daß das antike Rom eine große Stadt gewesen ist, aber man macht sich selten eine Vorstellung davon, daß es an Umfang und Pracht selbst mit den heutigen Weltstädten konkurrieren konnte. In der Hand von authentischen Tabellen aus der letzten Periode des römischen Kaiseriums, den Breviaren des „Curiosum“ und der „Notitia“ gibt das „Wissen“ eine Zusammenstellung, die es ermöglicht, sich einen Begriff von der überwältigenden Größe der Stadt zu bilden. Es finden sich da verzeichnet: 2 Kapitol, 2 große Rennbahnen, neben denen noch keine bekannten, 2 große Speise- und Fleischmärkte (macellum), 3 riesige Theater und 3 Amphitheater, 4 prächtige „Gymnasien“ für Gladiatoren, 5 Naumachien, Gebäude und Bassins für Seefeste, 15 Amphöden, 5 Grottenbauten, Springbrunnen, Säulengängen, Ruhebanken usw., 856 öffentliche Bäder und 11 Thermen von zum Teil riesigem Umfang. (Gatten doch die diokletianischen Thermen 2400 Badestellen und 1352 Wasserbecken und Brunnen.) 14 Wasserleitungen schafften das nötige Wasser herbei. Man zählte ferner 2 große Säulen, 36 Triumphbögen, 8 Obelisk, wobei aber nur die größten heute noch erhaltenen, angeführt werden, 423 Tempel, 28 Bibliotheken, eine prächtige Fora, 10 Hauptballplätze, 423 Stadtgärten, 1797 Paläste und 48 602 große Mietshäuser (insulae). Das sind in der Tat imponierende Zahlen.

Internationale sozialistische Jugendkonferenz

Im Anschluß an das Internationale Jugendtreffen in Salzburg fand eine gemeinsame Sitzung der beiden Komitees der Arbeiterjugendinternationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Jugendorganisationen statt. Die Konferenz war von beiden internationalen Verbindungen stark besucht. Es waren fünfzehn Organisationen vertreten, unter ihnen auch einige Verbände, die bis jetzt noch keiner sozialistischen Internationale angeschlossen sind. Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte die Genossin Saemmerer delegiert. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Beratungen über den Kampf für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Jugend. Die Verhandlungen führten zu einem vollen Erfolg. Es wurde einstimmig ein Gegenwartsprogramm für die internationale Arbeit auf dem Gebiet des Jugendschutzes angenommen, das folgende Forderungen enthält:

1. Vollständiges Verbot der Erwerbsarbeit für die vorschul- und schulpflichtige Jugend.
2. Verbot der Ueberforderung des Ahrftudententages, Einrechnung der Pflichtzeit mit einer Höchstzahl von sechs Stunden, Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts in die Tagestunden.
3. Obligatorische Ciamaxprüfung vor Zulassung der Jugend zur Erwerbsarbeit.
4. Vollständiges Verbot der Ahrftarbeit, der Nachtarbeit und der Arbeit in gesundheitsschädlichen Betrieben.
5. Sechsbunddreißigstündige Sonntagsruhe, freier Samstagnachmittag.
6. Urlaub unter Weiterzahlung des Lohnes bis zum achtzehnten Jahre.
7. Kontrolle der Durchführung durch Jugendinspektoren unter Mitwirkung von Arbeitervertretern.
8. Grundlegende Reform des Schulwesens.
9. Neuregelung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts.

Die Konferenz beschließt, sich zwecks Einsetzung eines Komitees aus je einem Vertreter der Arbeiterjugendinternationale, der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen und der Gewerkschaftsinternationale an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam zu wenden.

Der Kampf für die Durchführung dieser Forderungen wird von einem Komitee geleitet werden, das aus je einem Vertreter der Internationalen Gewerkschaftsinternationale, der Arbeiterjugendinternationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft zusammengesetzt wird. Aufgabe dieses Komitees soll es ferner sein, die einschlägigen Fragen weiter vorzubereiten, den Jugendforderungen die nötige Achtung zu verschaffen, und durch die betreffenden Jugendorganisationen in den verschiedenen Ländern die Gewerkschaftszentralen und sozialistischen Parteien für eine kräftige Arbeit auf diesem Gebiet zu interessieren.

Die Konferenz beschloß ferner mit der Frage des Verhältnisses zur kommunistischen Jugendinternationale und mit der kommunistischen Einladung zu einem Weltkongress der proletarischen Jugendorganisationen. Da in der gemeinsamen Aussprache eine Uebereinstimmung nicht erzielt werden konnte, traten die beiden Komitees zu einer getrennten Beschlußfassung zusammen. Die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen beschloß folgende Erklärung:

„Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen erklärt, daß es mit Rücksicht auf die fachliche und methodische Meinungsverschiedenheit in der Frage des Verhältnisses zur kommunistischen Jugendinternationale und des Jungarbeiter-Weltkongresses von einer gemeinsamen Beschlußfassung Abstand nimmt. Es erklärt jedoch, daß es nur dann bereit ist, mit der kommunistischen Jugendinternationale über die Frage des Weltkongresses zu verhandeln, wenn an diesen Verhandlungen die Arbeiterjugendinternationale teilnimmt.“

Die Arbeiterjugendinternationale entschied sich einstimmig für die Ablehnung der Teilnahme an dem geplanten Weltkongress.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde nach dem Bericht der Vertreter der georgischen sozialistischen Jugendorganisation folgende Beschlüsse gefaßt:

„Die gemeinsame Konferenz der Exekutivkomitees der Arbeiterjugendinternationale, der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen und der sozialistischen Jugendorganisationen, die in der gemeinsamen Sitzung in Salzburg erhebt den schärfsten Protest gegen die von den Bolschewiki geplante Verbannung der inhaftierten georgischen Sozialisten nach Rußland, von der auch Jugendgenossen betroffen werden. Sie erblickt in diesem Plan einen verbrecherischen Anschlag auf das Leben der georgischen Genossen, die sich dem russischen Gewaltregime nicht beugen wollen. Die Konferenz sendet der sozialdemokratischen Jugend Georgiens die brüderlichsten Grüße und versichert sie der vollsten Solidarität bei ihrem schweren Existenzkampf, den sie mit dem Gewaltregime der russischen Kommunisten zu führen hat.“

Nach weiteren Berichten der russischen, ungarischen und deutschen Jugendverbände erfolgte die einstimmige Annahme der nachstehenden Resolution:

„Die Konferenz protestiert gegen die Deportierung der jungen russischen Sozialdemokraten, gegen die Verfolgung ihrer Organisation und gegen die Urteile gegen die Sozialrevolutionäre. Der brutale Terror, der in Ostbaltikland gegen die Proletarier und ihre Jugend ausgeübt wird, die gegen die Einkerkelung junger Kommunisten und Sozialisten in Deutschland fordert die sozialistische Jugend gleichfalls zum schärfsten Protest heraus.“

Bei der Beratung über die fernere Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Jugendinternationalen herrschte volle Einmütigkeit in der Auffassung, daß die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage eine weitere Ausgestaltung der Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Jugendinternationalen erfordert. Darauf erstatteten die Vertreter der Verbände, die keiner sozialistischen Jugendinternationale angehören und die Vertreter der sozialistischen Studentenverbände über die Lage ihrer Verbände. Es wurde beschlossen, für den Weltfriedenskongress, der Ende dieses Jahres in Amsterdam stattfinden soll, eine rege Propaganda in den Reihen der sozialistischen Jugend zu entfalten. Am Spätnachmittag wurde die erfolgreiche Konferenz geschlossen.

Gegen die Kollage der Presse

Von der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Reichsbundorganisationen wurde im volkswirtschaftlichen Ausschuss beschlossen:

Der Ausschuss wolle beschließen:
Die Kollage der Presse kann mit den in dem Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Kollage der Presse vom 21. Juli 1922 beschlossenen Rückvergütungen nicht wirksam bekämpft werden. Die seit der Verabschiedung dieses Gesetzes eingetretene ungeheure Preissteigerung bedroht die große Mehrzahl der gesamten politischen Tageszeitungen mit baldigem Zusammenbruch. Der Ausschuss fordert deshalb von der Reichsregierung die sofortige Durchführung nachstehender Maßnahmen:

1. Festsetzung von Höchstpreisen für Holz, Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier. Zusammenschluß der Erzeuger von Zellstoff, Holzstoff und Druckpapier zu Vereinigungen zum Zwecke der Festsetzung von Einheitspreisen und Preisausgleich unter behördlicher Mitwirkung. (§ 1 Abs. 3 des Gesetzes vom 21. Juli 1922.) 2. Erträgliche Zahlungsbedingungen und Kreditbedingungen für die Presse. 3. Sicherstellung der zur Papierherstellung notwendigen Rohstoffe: Holz, Zellstoff und Holzstoff, sowie des Druckpapiers.

Griechische Kriegsgreuel

(EP.) London, 11. Sept. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß die Griechen bei ihrem Rückzuge Tausende von Türken niedergemetzelt und zahlreiche Dörfer angezündet haben. Auch zwei Städte wurden in Brand gesetzt.

Griechenland räumt Thrazien

(EP.) London, 11. Sept. In ausländischen Kreisen wird erklärt, daß die Griechen ansetzeln haben. Ihre Truppen von der Thakaliska-Linie zurückzuziehen. Sie sollen entschlossen sein, Thrazien zu räumen.

Thronkrise in Griechenland

(EP.) London, 11. September. In gewissen griechischen Kreisen von London erklärt man, daß Kalogeropoulos, dessen Gegnerschaft zum König bekannt ist, diesen erlucht habe, zu Gunsten seines Sohnes, des Diadochen Georg, abzudanken. Die Königin habe, um die Dynastie zu retten, diesen Schritt unterstützt, der aber von dem Bruder des Königs, dem Prinzen Nikolaus, bekämpft worden sei.

(EP.) Athen, 10. September. Es verlautet, daß ein Teil der griechischen Truppen, die nach den Inseln gebracht wurden, gemutet und gefordert haben, in Griechenland demobilisiert zu werden. In Athen veranlaßten die Soldaten einen Umzug, wobei sie die Abdankung des Königs Konstantin und die Zurückberufung Venizelos forderten.

Die Lage in Athen

(EE.) London, 11. September. In Athen glaubt man, daß das Parlament sofort einberufen werden wird, um die Lage zu erwägen. Die Regierung hat strenge Maßnahmen getroffen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Alle Versammlungen und öffentlichen Kundgebungen sind verboten. Der frühere Kriegminister Theotokis und der Generalkommandeur Dusanidis sind gestern aus Smyrna zurückgekehrt. Sie erklärten, die Räumung Smyrnas sei beendet. Ein Teil der griechischen Armee, die im Mäanderthal operiert, zog sich auf die Insel Fritrea zurück, wo sie an Bord griechischer Kriegsschiffe genommen wurde. Der Times-Korrespondent meldet, der französische Gesandte in Athen hätte dem Generalsekretär des Außenministeriums einen Besuch abgestattet um ihn zu fragen, welche Maßnahmen die griechische Regierung ergreifen wolle, um den Schutz der Flüchtlinge aus Smyrna zu sichern. Ihm wurde erwidert, Griechenland zähle auf die Hilfe der alliierten Regierungen, um den Transport und die Ernährung dieser Flüchtlinge zu sichern. Der französische Vertreter hätte Zusicherungen abgegeben, daß die alliierten Regierungen alles in ihrer Macht liegende tun würden.

Wie die „Times“ ferner melden, hat Mustafa Kemal an die Gattin des am 9. September in die Hände der Türken gefallenen griechischen Generalkommandeurs ein Telegramm gerichtet, worin er mitteilt, daß der Gesandte und die mit ihm gefangenen griechischen Offiziere als Gäste behandelt würden und sich wohl befänden.

Das neue griechische Kabinett

(EP.) Paris, 11. Sept. Das neue griechische Kabinett ist, wie folgt, gebildet worden: Ministerpräsident Triantaphylacos, Finanzminister Ektariad, Inneres Puzalos, Aulika Panapules, Unterricht Skupes, Neubereich Kales, Volkswirtschaft Danes.

Die Türken antworten nicht

(EE.) Konstantinopel, 11. Sept. Die Regierung von Ankara erteilt auf das Waffenstillstandsgebot der griechischen Regierung bisher keine Antwort. Der konstantinopler Presse zufolge würde erst die Nationalversammlung von Ankara darüber abzustimmen haben.

(EE.) Paris, 11. Sept. Der Matin schreibt, einweisen denken die Türken jedenfalls nicht daran, einen Waffenstillstand abzuschließen; denn sie haben seit dem November 1918 die Erfahrung gewonnen, daß es viel besser sei, sich im Besitz strategisch wichtiger Punkte zu befinden, als Erdbeben am grünen Tisch zu pfeifen. Aus sicherer Quelle will der Matin erfahren haben, daß die Grenze von Adrianopel das Kriegsziel der Türken sei. — England unternehme zahlreiche Intrigen gegen die Türkei. Das Ersuchen der südafrikanischen und der bulgarischen Regierung, an der Friedenskonferenz teilzunehmen, sei bereits ein Beweis für englische Intrigen. Der Matin hofft aber, daß die Balkanregierungen einschicken werden, daß es nicht in ihrem Interesse liege, sich gegenwärtig auf Abenteuer einzulassen, die für sie verderblich sein könnten. Es handle sich für die Türken nicht darum, ihre eigene Unabhängigkeit zu erkämpfen, sondern die Türken wollten jene Gebiete wiedergewinnen, auf die sie rechtmäßigen Anspruch hätten.

Türkische Drohungen

Paris, 10. Sept. Wie die Agence Havas aus Ankara meldet, hat dort die Nachricht von der Landung englischer Truppenabteilungen an der Küste des Marmarameeres Erschrecken hervorgerufen. Man sei in Ankara der Ansicht, daß diese Besetzung nur bis zur Ankunft der kemalistischen Truppen dauern könne. Andernfalls werde die türkische Armee gezwungen sein, sich dem Aufenthalt der Truppen auf kleinasiatischem Gebiet zu widersetzen.

Englische Vorbereitungen

London, 11. Sept. Pall Mall Gazette erklärt, daß über 1000 Offiziere und Mannschaften der britischen Luftstreitkräfte Ende dieser Woche in einem eigens dafür gecharterten Dampfer nach Mesopotamien abfahren werden.

Beendeter Streik in Polen. In Verhandlungen zwischen dem polnischen Minister für Post und Telegraphen und der obersten Verwaltungsleitung der Post- und Telegraphen-Beamten ist gestern eine Einigung zustande gekommen.

Groß-Berlin

Chinesische Mandarinenwirtschaft

Es ist unglücklich, welche Rücksichtslosigkeit und Schwermütigkeit der Mechanismus der öffentlichen Körperschaften mit sich bringt. Während an allen Ecken und Enden gespart und gespart werden soll, verschwenden wir Hunderte und Tausende zur Erledigung schändlichster Formelkram. In den Vorlagen für die morgige Stadtverordnetenversammlung gehört auch die folgende:

657. Vorlage (J.-Nr. 8948 Erl. I/22) — zur Kenntnisnahme — betreffend die Entziehung einer laufenden Unterstützung.

Durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 25. September 1919 — Protokoll 18, Druck 708 — ist dem bei den städtischen Gaswerken beschäftigt gewesenen Arbeiter Janab Schubert vom 1. August 1919 ab bis auf weiteres eine laufende Unterstützung von monatlich 70 Mark bewilligt worden, da die seinerzeit angestellten Ermittlungen die Bedürftigkeit des Genannten ergeben haben. Außerdem hat er die städtische Kriegsbeihilfe von monatlich 35 Mark erhalten.

Schubert ist inzwischen nach Odolanow (Meldau) in Polen verzogen. Bei der erneuten vorgenommenen Prüfung der Bedürftigkeitsfrage hat es sich nach Mitteilung des Deutschen Generalkonsulats in Polen herausgestellt, daß der Genannte der Unterstützung nicht mehr bedürftig ist.

Wir haben daher beschlossen, dem ehemaligen Arbeiter Janab Schubert vom 1. August 1922 ab die laufende Unterstützung von monatlich 70 Mark und die Kriegsbeihilfe von monatlich 35 Mark nicht mehr zu zahlen und ersuchen um Kenntnisnahme.

Berlin, den 30. August 1922.

Moabitrat.

Böb. Ritter.

J.-Nr. 1043 St. V. I/22.

Der Zeit und Lust hat nachzugehen, wieviel Manipulationen, Eingänge, Ausgänge, unchriftliche, mündliche etc. Anweisungen notwendig waren, um monatlich 105 Mark zu ersparen, wird ausrechnen, daß allein diese Vorlage ein hübsches Stämmchen kostet (gedruckt in 250 Exemplaren). Es wird Zeit, daß man mal mit eisernem Besen mit diesen Jöpsen aufräumt. Dazu ist unser Geld nicht da.

Mieter zu zehnjähriger „Zwangsarbeit“ verurteilt

Die böie Mieter hereinfallen können, wenn sie Anträge auf bauliche Änderungen stellen, ohne die Folgen genau zu überlegen, beweist der folgende interessante Fall: Die Mieter eines der vor 2 Jahren erbauten Bismarck-Häuser in Baumhülfenweg waren beinahe nach Schuppenkätzler Muster zur denkbar ungünstigsten Zeit auf die Idee gekommen, daß etwa zehn Holzwände, keine Rohwände, ferner gefälcht seien. Nachdem die Sache erst einmal amtlich anhängig gemacht war, verlangte die gleiche Baupolizei, die vor 2 Jahren schlaflos die den feuerpolizeilichen Vorschriften nicht entsprechenden Holzwände abgenommen hatte, die Herstellung anderer Wände. Die Hausbesitzerin entsprach dieser Forderung, rechnete aber mit Erlay der Kosten in Höhe von 20 000 Mark durch die Mieter. Da die Mieter die Zahlung ablehnten, kam die Sache vor das Mietvermittlungsamt, dessen juristisch gebildeter Vorsitzender den Wald vor Bäumen nicht sah. Das Mietvermittlungsamt verurteilte die Mieter zum vollen Kostenerhalt und heimgab dabei gleich eine Reihe von Fehlern. Es entschied zu Ungunsten der Mieter auf Grund des § 7 Absatz 4 des Reichsmietengesetzes, überließ aber, daß es sich überhaupt nicht um eine „große Instandsetzungsarbeit“ im Sinne des Gesetzes handelt. Das Gesetz will nur dem Verschleiß von Häusern vorbeugen. Hier aber lag ein baulicher Zustand, der einen Hausverfall gar nicht befürchten ließ, eine Feuergefahr nur in den Bereich schwacher Möblichkeit rückte und im übrigen durch Fahrlässigkeit der Baupolizei verschuldet war. Das Mietvermittlungsamt hätte sich also für unzuständig erklären und auf den Weg des Verwaltungsstreitverfahrens zur Feststellung, ob der Fall in das Gesetz fällt, verweisen müssen. Noch unverständlicher ist der juristische Fehler, die Kosten zu Lasten der Mieter auf zehn Jahre zu verteilen. Das Reichsmietengesetz läuft nur vier Jahre. Es ist also ein Unding, über diesen Krisenlauf hinaus zu Zahlungen zu verpflichten. Alle Pflichten aus diesem Gesetz können immer nur im Rahmen seiner zeitlichen Wirkungskraft liegen. Die durch ihr überlegtes Handeln so gründlich hereinfallenden Mieter wollen nunmehr im Verschwerbewege versuchen, die Aufhebung der Entscheidung des Mietvermittlungsamtes zu erzielen. Unabhängig davon können sie auch eine Haftpflichtklage gegen den Fiskus anstrengen.

Das Preiskohlen-Rästel

An fast schon genau voranzurechnenden Zeitabständen wird uns erzählt, daß die Anfuhrten von Hausbrand stöcken. Die besorgten Hausfrauen müssen sich immer wieder vertrotzen lassen. Sobald aber der Preis in die Höhe schnellt, werden sofort Kartenschnitte freigegeben und ganze Kohlenaltäre ins Rollen gebracht. Als der Briefpreis vor kurzem um 150 Prozent stieg, saßen Heiler: „Diesmal gibt es wieder die doppelte Ration!“ Sie haben recht bedauert. Man soll also in den nächsten Tagen für zwei Renten über 500 M. bezahlen. Können das alle Beanspruchten? Sicher nicht. Es muß daher schonehine Vorfrage getroffen werden, daß es zulässig ist, nur die Hälfte abzunehmen. Die Kohlenhändler dürfen nicht die Lieferung verweigern, wenn zunächst oder überhaupt nur ein Teil der anstehenden Menae bezahlt werden kann.

Jugendweihen im Verwaltungsbezirk Lichtenberg. Die weltlichen Schulen, die SPD. und die USPD, haben sich zusammengesetzt, um ihre Jugendweihen gemeinsam zu veranstalten, und zwar am 17. u. vorm. 10 Uhr, am 21. u. vorm. 10 Uhr und nachm. 1 Uhr, im Festsaal des Reform-Gymnasiums an der Parkaue. Gattarten zum Preise von 10 M. bei Richter, Schwarzweberstr. 4; Seife, Kronprinzentr. 47; Rosenkranz, Boxbaerner Straße (Vorwärts-Expedition); Konsumverkaufsstelle, Viktoriaplatz; Richter, Eitelstr. 72; Günther, Botanik. 10.

Gründung einer Kunstgenossenschaft im Verwaltungsbezirk Reinickendorf. Die rasend anwachsende Preissteigerung hat naturgemäß auch die heimische und künstlerische Produktion verteuert. Da trotz aller Räte der Zeit das Bedürfnis nach guten, volkstümlichen Kunstveranlassungen fortbesteht, müssen Wege gesucht werden, um die Eintrittspreise für die im kommenden Winter geplanten Theateraufführungen und volkstümlichen Kunstabende auch den unterem Klassen der Bevölkerung erträglich zu machen. Das Volkshilfsamt erlaubt einen solchen Weg in der Zusammenschaltung der Besucher zu einer „Kunstgenossenschaft“ anzuhängen zu haben. Wie

